Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/1630
12.11.2021

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

133. Sitzung (öffentlich)

12. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:35 Uhr bis 12:48 Uhr

Vorsitz: Stephan Haupt (FDP) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **11**

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte „Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften“ und „Isolierung coronabedingter Belastungen“ zusammen zu beraten.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2021) **12**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Tischvorlage *(s. Anlage 1)*

Erläuterungsband Einzelplan 08
Vorlage 17/5518

Einführungsbericht Einzelplan 20
Vorlage 17/5580

Beantwortung von Fragen der Fraktionen zu den Einzelplänen 08 und 20
Vorlage 17/5949

Ausschussprotokoll 17/1560 *(Anhörung des HFA am 22.09.2021)*

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, dem Einzelplan 08 zuzustimmen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, dem Einzelplan 20 zuzustimmen.

2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2022 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 – GFG 2022) 15

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14702

Ausschussprotokoll 17/1583 *(Anhörung am 01.10.2021)*

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Gesetzentwurf anzunehmen.

3 Gesetz über die Architektenkammer Nordrhein-Westfalen und die Ingenieurkammer-Bau Nordrhein-Westfalen (Baukammerngesetz – BauKaG NRW -) 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13799

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15306

Stellungnahme 17/4228
Stellungnahme 17/4253
Stellungnahme 17/4248
Stellungnahme 17/4249
Stellungnahme 17/4119
Stellungnahme 17/4155

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

in Verbindung mit:

Verordnung zur Anpassung des Rechts der Ingenieure

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/15314
Vorlage 17/5823

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

Der Ausschuss stimmt der Verordnung einstimmig zu.

4 Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14304

Stellungnahme 17/4209
Stellungnahme 17/4311
Stellungnahme 17/4389
Stellungnahme 17/4326
Stellungnahme 17/4374
Stellungnahme 17/4317
Stellungnahme 17/4265
Stellungnahme 17/4299
Stellungnahme 17/4312
Stellungnahme 17/4316
Stellungnahme 17/4402

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

in Verbindung mit:

Isolierung coronabedingter Belastungen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5952

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Gesetzentwurf anzunehmen.

5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Marktüberwachung harmonisierter Bauprodukte in Nordrhein-Westfalen 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14910

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig, den Gesetzentwurf anzunehmen.

6 Schwimmflächen und Schwimmangebote ausweiten. Ertrinken verhindern 26

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6583

Ausschussprotokoll 17/1538 *(Anhörung am 14.09.2021)*

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

7 Verordnung für das Weiterbildungsgesetz (Weiterbildungsverordnung – VO WbG) 27

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/15494

Vorlage 17/5932

– keine Wortbeiträge

8 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen 28

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14908

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/4510
Stellungnahme 17/4498
Stellungnahme 17/4483

– Schriftliche Anhörung von Sachverständigen

– keine Wortbeiträge

9 Risikopotentiale für Extremwetterereignisse identifizieren – Vorbeugende Maßnahmen für zukünftige Flutkatastrophen zügig umsetzen 29

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14950

Schriftliche Anhörung des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Stellungnahme 17/4497
Stellungnahme 17/4509
Stellungnahme 17/4501
Stellungnahme 17/4438
Stellungnahme 17/4514
Stellungnahme 17/4517
Stellungnahme 17/4523
Stellungnahme 17/4464

– Schriftliche Anhörung von Sachverständigen

– keine Wortbeiträge

10 Landesregierung darf Klimaschutz bei Gebäuden nicht weiter liegen lassen 30

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15448

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und dazu die kommunalen Spitzenverbände, den VdW und die Bauindustrie sowie eine weitere sachverständige Person pro Fraktion zu benennen.

11 Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen 31

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15255

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

12 Angsträume beseitigen, Sicherheit erhöhen – die Verkehrswende braucht attraktive Bahnhöfe und Haltepunkte! 32

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15462

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

13 Brandgefahr durch Elektro- und Hybridfahrzeuge in Sammelgaragen – Mit einheitlichem Brandschutz der steigenden Gefahr begegnen 33

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15455

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

14 Urteil des Verwaltungsgerichts Köln zur Räumung des Hambacher Forstes *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3])* **34**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5966

– Wortbeiträge

15 Aktueller Sachstand zu den Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe auf nordrhein-westfälische Kommunen *(ergänzende Fragen der SPD-Fraktion [s. Anlage 4])* **37**

Bericht
der Landesregierung

in Verbindung mit:

Beratung der Landesregierung im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe 2021 *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5965
Vorlage 17/5986

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

16 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen 44

– wird nicht behandelt

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

17 Sachstand Transparenzkommission 45

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5950

– wird nicht behandelt

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

18 Umsetzung des KAG-Förderprogramms 46

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5967

– wird nicht behandelt

Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.

19 Modellprojekt zum Kauf von Belegungsrechten 47

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5951

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt in seiner nächsten Sitzung fortzusetzen.

20 Verschiedenes 48

Der Ausschuss kommt überein, dass sich Sachverständige auf ihren Wunsch hin bei Anhörungen auch weiterhin digital zuschalten dürfen.

* * *

4 Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14304

Stellungnahme 17/4209
Stellungnahme 17/4311
Stellungnahme 17/4389
Stellungnahme 17/4326
Stellungnahme 17/4374
Stellungnahme 17/4317
Stellungnahme 17/4265
Stellungnahme 17/4299
Stellungnahme 17/4312
Stellungnahme 17/4316
Stellungnahme 17/4402

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Der Gesetzentwurf wurde am 30.06.2021 nach der ersten Lesung einstimmig an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend – sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.)

in Verbindung mit:

Isolierung coronabedingter Belastungen *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5952

Fabian Schrumpf (CDU) betont das Ziel, die kommunale Handlungsfähigkeit auch in dieser außergewöhnlichen Situation zu erhalten, was nach den vorläufigen kommunalen Jahresabschlüssen für das Jahr 2020 gelungen sei. Angesichts der nach wie vor bestehenden Unsicherheiten wolle die Landesregierung den Kommunen die Isolierung auch für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 ermöglichen.

Der Landesverband Lippe befinde sich aufgrund der Schäden in der Forstwirtschaft in einer äußerst angespannten Finanzsituation, weshalb die haushaltsrechtlichen Vorschriften entsprechend angepasst werden müssten. Auch in anderen kommunalrechtlichen Vorschriften ergebe sich teilweise aufgrund von Erfahrungen in der Praxis Änderungsbedarf wie auch an den Kommunalverfassungsgesetzen, um etwa durch die Änderung von Fristen bei der Bauleitplanung schnell zu Rechtssicherheit zu kommen.

Zur Frage der kommunalen Spitzenverbände, ob die Isolierungsmöglichkeit auch für den Doppelhaushalt 2022/23 gelte, stelle das MHKBG mit seinem Erlass vom 28. Oktober

klar, dass die Isolierung coronainduzierter Mindererträge bzw. Mehraufwendungen auch für die mittelfristige Finanzplanung greife. Der Gesetzentwurf gehe vom Regelhaushalt für ein Jahr aus. Nach § 78 Abs. 3 S. 2 der Gemeindeordnung könne die Haushaltssatzung Festsetzungen für zwei nach Jahren getrennte Haushaltsjahre enthalten. Daraus ergebe sich, dass im Fall eines solchen Doppelhaushaltes eine Coronaisolierung auch für das Jahr 2023 möglich sei, sofern die tatbestandlichen Voraussetzungen prognostiziert würden. Andernfalls ergäbe sich die Schlechterstellung des Jahreshaushalts zuzüglich der mittelfristigen Finanzplanung gegenüber dem Doppelhaushalt zuzüglich der mittelfristigen Finanzplanung, was nicht gewollt sein könne.

Arndt Klocke (GRÜNE) kündigt zum Plenum einen Änderungsantrag zu Art. 1 des Gesetzentwurfs an. Da heute aber über den gesamten Gesetzentwurf votiert werde, müssten ihn die Grünen ablehnen, wenn sie ihn auch nicht in allen Punkten kritisierten.

Stefan Kämmerling (SPD) sieht hauptsächlich redaktionelle Änderungen. Nach seiner Information sei das Problem der Isolierung für Doppelhaushalt allerdings mitnichten gelöst.

Dr. Martin Vincentz (AfD) spricht von einem finanzpolitischen Taschenspielertrick, der auch die Generationengerechtigkeit betreffe, will den Kommunen aber größere Probleme ersparen.

> Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, den Gesetzentwurf anzunehmen.